



Klangkünstler bringt dem Museum Töne bei

Andres Bosshard arbeitet mit Musik und mit Geräuschen. Seine Klangwerke begleiten den Umbau des Museums.BL in Liestal. **Seite 30**

Sozialbehörden wollen mehr Austausch

Die Sozialhilfebehörden im Kanton Baselland wünschen sich eine engere Zusammenarbeit und einen geregelten Informationsaustausch. **Seite 26**

Stetiger Einsatz für den Jurapark Baselland

Der Verein Erlebnisraum Tafeljura gibt seine hoch gesteckten Ziele nicht auf: Er stellt sich auf längere Arbeit am Jurapark ein. **Seite 31**

Neuer Anlauf zur Kulturhauptstadt

Basel, Freiburg, Colmar, Mulhouse und Strasbourg prüfen eine Bewerbung als europäische Kulturhauptstadt 2020

Basel könnte in zehn Jahren Kulturhauptstadt sein – nicht allein, sondern mit Partnerstädten. Am weitesten fortgeschritten ist der Gedanke in Freiburg im Breisgau: Dort wurden 60 000 Euro gesprochen.

ANDREAS MAURER

In Freiburg im Breisgau ist die Idee am weitesten entwickelt. Alle Kandidaten der Oberbürgermeisterwahl von morgen Sonntag haben sie sich auf die Fahnen geschrieben: Freiburg soll 2020 Kulturhauptstadt Europas werden – pünktlich zum 900-Jahr-Jubiläum der Stadt. Deshalb wurde ein Kredit von 60 000 Euro gesprochen, um die Grundlagen einer möglichen Bewerbung zu erarbeiten. Bis Ende dieses Jahres wird entschieden, ob sich Freiburg definitiv bewirbt.

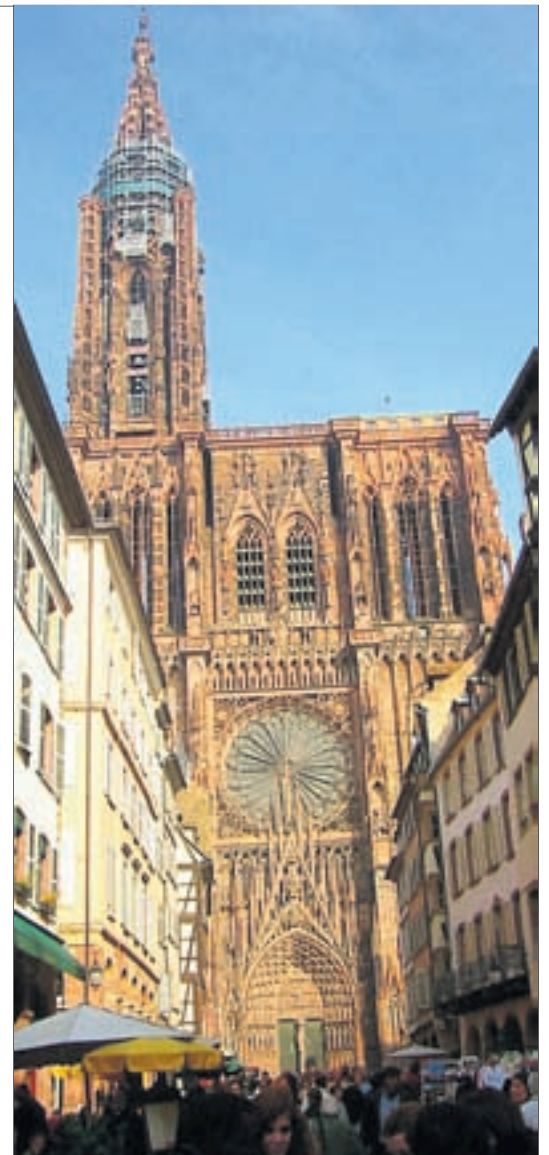
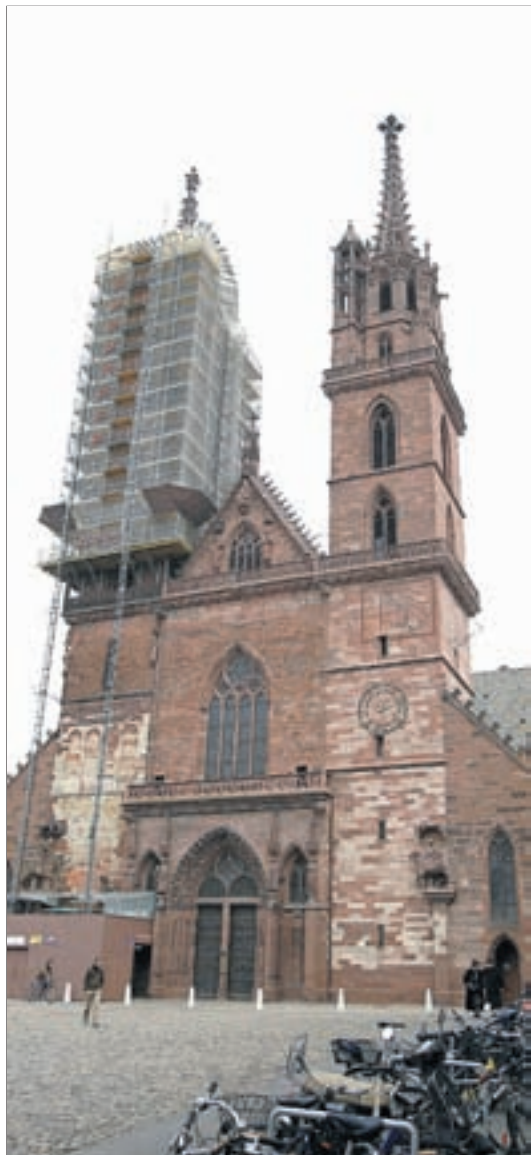
Eines ist aber bereits klar. «Wir können das nicht alleine machen. Nur eine regionale Bewerbung macht Sinn», betont Rathaussprecher Walter Preker. Für eine gemeinsame Bewerbung haben die Freiburger die Städte Basel, Mulhouse, Colmar und Strasbourg im Blick. «Wir sind daran, das Interesse in diesen Städten zu sondieren», berichtet Preker. An der Oberrheinkonferenz hat dazu ein erster kurzer Austausch stattgefunden. Mehr nicht. Ein schlechtes Zeichen? Preker relativiert: «Es existiert erst eine Idee einer Idee.»

Interessanter mit Partnern

Die Idee geistert auch in Basel herum. Ohne von den Plänen der Nachbarn zu wissen, hat FDP-Grossrätin Christine Heuss im letzten Sommer einen Anzug eingereicht, in dem sie eine Bewerbung für Basel vorschlägt. Sie hat ebenfalls das Jahr 2020 ausgewählt, da bis dahin die Länder bereits bestimmt sind, aus denen eine Stadt ausgewählt wird. Ausserdem findet 2020 in Basel die internationale Bauausstellung statt. Heuss ist angegan von einer gemeinsamen Bewerbung: «Das macht die Idee viel interessanter.»

Das Basler Parlament hat den Vorstoss im Herbst mit 39 zu 12 Stimmen überwiesen. Die LDP war aus Kostengründen dagegen. Seither herrscht Funkstille zum Thema. Das muss aber nicht heissen, dass die Regierung kein Interesse an einer Bewerbung hat. Sie hat den Anzug im Herbst zur Annahme empfohlen. Basel feierte 2001 die 500-jährige Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft und hatte sich deshalb gemeinsam mit dem Baselbiet als europäische Kulturhauptstadt beworben. Die beiden Halbkantone haben damals je 200 000 Franken für Konzepte in den Sand gesetzt. Im Rahmen der Oberrheinkonferenz hat das Baselbiet Sympathie für eine erneute Bewerbung bekundet.

«In den politischen Kanälen haben wir aber noch nicht über eine Bewerbung für 2020 geredet. Es ist nicht mehr als eine Idee», sagt Niggi Ullrich,



GEMEINSAM Basel, Freiburg im Breisgau und Strasbourg (von links) haben gemeinsame Elemente, zum Beispiel die Münster und die Universitäten. Eine gemeinsame Kandidatur wäre deshalb sinnvoll, sagt der Architekt Ernst Spycher. NIZ/ZVG/ZVG

Leiter der Abteilung Kulturelles BL. In Basel weilt unterdessen auch ein Privater für das Label Kulturhauptstadt. Der Architekt Ernst Spycher träumt von einer gemeinsamen Bewerbung mit Freiburg und Strasbourg. Das verbindende Element dieser Städte ist für ihn augenfällig: die drei Münster. «Sie sind das Symbol unserer jahrhundertalten Kultur», sagt er.

Als weitere Gemeinsamkeit sieht er die relativ alten Universitäten. Vor einigen Wochen hat er seine Idee den Präsidenten der drei Städte in einem Brief unterbreitet. Bis jetzt hat er erst aus Freiburg eine Antwort erhalten. Er ist überzeugt, dass sich

die Investition für Basel lohnt: «Die Auszeichnung als Kulturhauptstadt löst einen Entwicklungsschub aus. Auch in den Köpfen der Leute.» Damit meint er, dass die trinationale Region dadurch stärker als Einheit wahrgenommen würde.

Bis jetzt hat die EU noch keine Schweizer Stadt mit der Auszeichnung geehrt. Die diesjährige Ernennung kann aber als gutes Zeichen für Basel gewertet werden: Istanbul ist trotz fehlender EU-Mitgliedschaft zum Zug gekommen. Die EU-Beitrittsverhandlungen haben dabei sicher eine Rolle gespielt. Möglicherweise kann die Schweiz bis 2020 ebenfalls mit diesem Argument punkten.

IHRE MEINUNG DAZU ...

Soll sich Basel als Kulturhauptstadt 2020 bewerben?

Ihre Meinung ist gefragt – kurz (max. 250 Zeichen) und mit Vorname, Name, Wohnort gezeichnet. Schicken Sie ein SMS (20 Rp./SMS) an 2222 mit Stichwort **bzfb** und der Mitteilung, oder teilen Sie uns Ihre Meinung mit auf www.bz-online.ch

Der Jugendknast kommt doch ins Baselbiet auf den Arxhof

Alternativen für ein Jugendgefängnis in einem der anderen zehn Kantone des Polizeikonkordats Nordwestschweiz haben sich als nichtig erwiesen

Das Baselbiet wird wohl bald ein Jugendgefängnis für Straftäter aus elf Kantonen der Nordwest- und Innerschweiz beherbergen.

BIRGIT GÜNTHER

«Es gibt keine Alternative.» Immer wieder kehrt Arxhof-Direktor Renato Rossi bei seinen Erklärungen zu diesem Satz zurück. Nach der gestrigen Konferenz der elf Justizdirektoren des Strafvollzugskonkordats Nordwest- und Innerschweiz scheint darum klar zu sein: Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis auf dem Arxhof bei Niederdorf neben dem bestehenden Massnahmenzentrum auch ein Jugendgefängnis steht.

Denn gemäss Bundesauftrag müssen die Kantone bis spätestens im Jahr 2017 Gefängnisplätze für jugendliche Straftäter geschaffen haben. Die gute Nachricht ist: Für die Nordwest- und Innerschweiz liegt seit Jahren eine Lösung vor: Ein Jugendgefängnis mit 18 Plätzen, das neben dem Massnahmenzent-

rum Arxhof bei Niederdorf gebaut würde. So liessen sich Synergien nutzen, etwa im Bereich der Verpflegung.

Die schlechte Nachricht: Die Trägerkantone haben Angst vor den Kosten, vor der Verantwortung, vor der Ungewissheit. «Alle fanden das Projekt toll – bis die Frage der Finanzierung kam. Da begann es zu harzen», bedauert Justizdirektorin Sabine Pegoraro.

Kantone scheuen Verantwortung

Knacknuss sind nicht einmal primär die Baukosten von 17,4 Millionen Franken, sondern die Defizitgarantie, die der Kanton Baselland für den Betrieb fordert. «Die anderen Kantone sind nicht bereit, diese Absicherung mit zu übernehmen», so Pegoraro. Der Kanton Baselland wolle dieses Risiko aber nicht allein tragen, weil «die Auslastung ein Unsicherheitsfaktor ist, da Erfahrungswerte fehlen». Und der Kanton Baselland brauche voraussichtlich nur 2 der 18 Plätze. Rossi hingegen hat in die-

sem Punkt keine Zweifel: «Die Wahrscheinlichkeit, dass diese Institution leer sein wird, ist winzig. Es gibt bereits jetzt eine hohe Nachfrage nach solchen Plätzen. Die Not ist gross.»

Da sich jedoch die Kantone nicht festlegen konnten, wurde das Projekt vor einem Jahr auf Eis gelegt – in der Hoffnung, es würden sich andere Lösungen finden. «Allfällige Ideen haben sich jetzt aber als nichtig herausgestellt», betont Arxhof-Direktor Rossi, der zudem Projektleiter des Jugendgefängnisses ist. «Darum verfolgen wir jetzt Juni weiter.» Juni ist die Abkürzung für das Jugendvollzugszentrum Nordwest- und Innerschweiz.

Gefängnis als Stiftung?

Zu lösen gilt es nun die finanzielle Frage. Das Projekt darf das Investitionsprogramm des Kantons nicht belasten. «Wir müssen also nach kreativen Lösungen suchen», meint Rossi. Denkbar sei etwa eine andere Rechtsform; das Ju-



BALD GEFÄNGNISSTANDORT? Der Arxhof oberhalb von Niederdorf. ZVG

gendgefängnis beispielsweise als Stiftung zu organisieren. «Dann hätte der Kanton kein finanzielles Risiko.»

Der definitive Entscheid, ob das Juni nun gebaut wird oder ob die Kantone doch einen eigenen Weg gehen, soll bei der nächsten Konferenz im Herbst fallen. «Dann müssen wir uns entscheiden, sonst wird die Zeit knapp», mahnt Pegoraro. Für Rossi steht fest: «Der Al-

leingang der Kantone käme teurer und wäre schlechter. Wir haben keine bessere Lösung als das Juni.»

Stimmen die Justizdirektoren im Herbst dem Juni zu, soll der Jugendknast voraussichtlich etwa im Jahr 2015 betriebsbereit sein. Bis dahin werden die jugendlichen Straftäter noch in Erwachsenengefängnissen oder anderen ungeeigneten Orten untergebracht.